



Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -

am 01.12.2015

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:10 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 15 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Zeidler

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele

Herr Stadtrat Etzinger

Frau Stadträtin Etzinger

Herr Stadtrat Funk

Frau Stadträtin Goeth

Frau Stadträtin Holl

Frau Stadträtin Hölz

Herr Stadtrat Hummler

Frau Stadträtin Jeggle

Herr Stadtrat Dr. Metzger

bei TOP 2.1 befangen

Herr Stadtrat Dr. Schmid

Herr Stadtrat Schmogro

Herr Stadtrat Walter

Herr Stadtrat Dr. Wilhelm

Stellvertreter/in:

Herr Stadtrat Keil

entschuldigt:

Frau Stadträtin Kübler

Gäste:

Herr Stadtrat Hagel

ab TOP 6

Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait
Herr Buchmann, Kulturamt ab TOP 2
Herr Dürste, Personal
Frau Emmel, Liegenschaftsamt
Frau Fischer, Personalrat
Herr Ortsvorsteher Imhof, Rißegg
Herr Jäger, Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft
Frau Jehle, Mettenberg
Herr Bürgermeister Kuhlmann
Frau Länge, Ordnungsamt
Frau Leonhardt, Kämmereiamt
Herr Rapp, Personalrat
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer
Frau Schneider, Amt für Bildung, Betreuung und Sport
Herr Schumacher, Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft
Herr Simon, Hauptamt
Herr Szollar, Volkshochschule
Herr Walz, Gebäudemanagement
Frau Werner, Rechnungsprüfungsamt
Herr Erster Bürgermeister Wersch ab TOP 2

Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Tagesordnung

| TOP-Nr. | TOP | Drucksache Nr. |
|----------------|--|----------------------------|
| 1. | Lieferung von Produktionsdrucksystemen gegen monatliches Entgelt für die Hausdruckerei | 262/2015 |
| 2. | Gesamtliste Haushaltsanträge 2016 - Anträge und Anfragen der Fraktionen | 266/2015 |
| 2.1. | Fortführung des Präsenzdienstes in den Jahren 2016 und 2017 | 244/2015 + 244/2015 - 1 |
| 3.1. | Bekanntgabe von in nichtöffentlichen Hauptausschusssitzungen gefassten Beschlüssen - HA 24.09.15 und HA 09.11.15 | 257/2015 |
| 3.2. | Verschiedenes - Aufenthaltsqualität Jugendlicher und Buden in Stafflangen | |
| 3.3. | Verschiedenes - Christkindlesmarkt | |

Die Mitglieder wurden am 20.11.2015 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 25.11.2015 ortsüblich bekannt gegeben.

Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

TOP 1 Lieferung von Produktionsdrucksystemen gegen monatliches Entgelt für die Hausdruckerei 262/2015

Dem Hauptausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 262/2015 zur Beschlussfassung vor.

Ohne Aussprache fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

Mit der Lieferung von zwei Produktionsdrucksystemen (schwarz-weiß und Farbe) für die Hausdruckerei gegen monatliches Entgelt wird die Firma Konica Minolta, Niederlassung Neu-Ulm, beauftragt. Bei einer Laufzeit von 60 Monaten betragen die Kosten einschließlich Umsatzsteuer 114.846,90 €. Die Haushaltsmittel stehen auf der Haushaltsstelle 1.0200.673020 "Kopierkosten" zur Verfügung.

Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

**TOP 2 Gesamtliste Haushaltsanträge 2016
- Anträge und Anfragen der Fraktionen**

266/2015

Dem Hauptausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 266/2015 zur Beratung vor. Angeschlossen ist dieser Niederschrift die Version, in der bereits die Ergebnisse der aktuellen Hauptausschusssitzung eingetragen sind. Punkte, die mit der Stellungnahme der Verwaltung als erledigt erklärt wurden, tauchen daher in der Regel im Protokoll nicht eigens auf. Gleiches gilt für Anfragen, die in der Regel als mit der Stellungnahme der Verwaltung erledigt betrachtet werden.

Anlage 1 – Stellenplan

- Ziffer 1: Antrag der CDU-Fraktion zu Personalkostenzuschüssen

StR Abele führt aus, auch schon vor 2012 sei eine Reihe von Stellen ausgegliedert worden, beispielsweise im Bereich Müllabfuhr. Für die aktuelle Diskussion sei man zufrieden mit der Verwaltungsstellungnahme, bis 2016 müsse aber eine gebündelte Darstellung der Personalkostenzuschüsse nachgereicht werden, egal ob diese mit Personal oder ohne hinterlegt seien.

OB Zeidler **sagt eine entsprechende Darstellung des Hauptamts zu.**

StR Funk bemerkt, bei Auslagerungen müsse man auch bedenken, dass politische Stimmenverhältnisse nicht mehr berücksichtigt seien. Dies erachtet er als noch wichtiger als Finanzfragen.

Ziffer 2: Supportstellen in der Verwaltung

- Antrag der CDU-Fraktion

StR Abele stellt klar, sofern entsprechende Stellen unterjährig gebildet würden, müssten sie bei der Stadt angesiedelt sein und nicht bei irgendeiner Institution. Den Antrag erklärt er mit der Stellungnahme der Verwaltung für erledigt.

Anlage 11

Ziffer 35 – Bewegliches Anlagevermögen

- Antrag der CDU-Fraktion

StR Abele führt aus, Anlage 11 sei immer erquicklich und sehr hoch angesetzt. Als Beispiel nennt er eine Eckbank für 2.000 Euro für den Sozialraum der Auszubildenden. Weiter nennt er das Projekt „Little Bird“, das noch gar nicht beschlossen sei. Die Schnittstelle zu Mensa Max mit 7.000 Euro sowie Büroaustattung für einen Schulleiter in Höhe von 10.000 Euro oder eine Tischkreissäge für 5.000 Euro – dies seien alles keine günstigen Lösungen. Vor vielen Jahren habe die CDU-Fraktion schon einmal einen pauschalen Kürzungsantrag gestellt und dieser habe sehr gut funktioniert. Daher sehe man den aktuellen Antrag einer Kürzung um 10 Prozent als Signal, dass diese Anlage die entsprechende Kürzung sehr gut vertrage.

StR Keil führt aus, grundsätzlich stimme man sparsamem Wirtschaften zu, andererseits habe man Vertrauen in die Verwaltung und dass sie bei Anschaffungen wirtschaftlich vorgehe. Man wolle sich von Details entlasten.

Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

StRin Goeth meint dagegen, den Freien Wählern seien auch verschiedene Positionen aufgefallen und sie habe dies auch in ihrer Haushaltsrede thematisiert. Daher stimme ihre Fraktion dem CDU-Antrag zu.

StR Funk sieht sich dagegen nicht in der Lage zuzustimmen, da viel zu wenig Informationen vorlägen. Den Fuhrpark beim Baubetriebsamt habe seine Fraktion immer unterstützt. Eine um 10 Prozent günstigere Maschine sei eventuell schneller kaputt. Manche Maßnahmen seien geschoben worden und fänden sich nun in der Anlage.

Ohne weitere Aussprache wird der Antrag der CDU-Fraktion mit 9 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen (StRe Funk, Hölz, Holl, Hummler, Dr. Metzger, Dr. Schmid, Dr. Wilhelm) angenommen.

Ziffer 37: Software für Kinderkrippen und Kindergartenverwaltung „Little Bird“
- Antrag der CDU-Fraktion

Der Antrag ist mit der Zusage der Verwaltung, einen Sperrvermerk anzubringen erledigt.

Anlage 13
Ziffer 38: Zuschuss Jazz-Club
- Antrag der SPD-Fraktion

StR Walter zeigt sich erfreut, dass ein alter CDU-Antrag von der SPD aufgegriffen wurde.

StR Keil erklärt den Antrag mit der Verwaltungsantwort für erledigt. Er bringt noch vor, dass der Jazz-Keller auch einmal eine Adresse erhalten sollte, da diese im Programm nie angegeben sei.

Der Antrag ist mit der Antwort der Verwaltung, den Zuschuss entsprechend zu erhöhen, erledigt.

Anlage 13
Ziffer 40: Räume Biberacher Tafelladen
- Antrag der Grünen-Fraktion

StR Dr. Schmid erklärt sich mit der Verwaltungsstellungnahme zufrieden und meint, ein Sozialkaufhaus wäre in Ordnung.

BM Kuhlmann lässt auf Frage wissen, die Räumlichkeiten des bisherigen Diakonieladens in der Rollinstraße seien nicht für den Tafelladen geeignet. Aktuell würden die Räumlichkeiten als städtische Lagerfläche genutzt.

Ziffer 41: Seniorenbeauftragter
- Antrag der Grünen

StR Funk meint, man benötige eine Antwort, warum die Stelle nicht bei der Stadt angesiedelt sei, wenn hierfür von der Stadt Kosten übernommen würden. Wer bezahlt bestimme auch.

OB Zeidler gibt zu verstehen, dass er dies ähnlich sehe, weshalb das Thema diskutiert werden müsse.

Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Der Antrag ist mit der Verwaltungsantwort, einen Sperrvermerk auf der Haushaltsstelle anzubringen, erledigt.

Anlage 15

Ziffer 45: Systematik Haushaltsplan

- Antrag der CDU-Fraktion

StR Abele zeigt sich nicht zufrieden mit der Stellungnahme der Verwaltung, da die vorgesehene Vorgehensweise nicht zielführend sei. Auf Seite 056 des Vorberichts würden zwei Zahlen untereinander in einer Tabelle genannt: einmal die Planwerte und dann die Abschätzung der Istwerte. In Anlage 15 tauchten dann die Planwerte auf. Es sei nachvollziehbar, dass zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltsplans noch nicht alle Zahlen vorlägen oder abgeschätzt werden könnten, es sollte aber machbar sein, zu Beginn der Haushaltsberatungen die aktuelle Entwicklung in einer Tabelle darzustellen. Es sei auch eine wichtige Botschaft für die Bürger, dass große Gewerbesteuererinnahmen die Stadt nach gewisser Zeit auch wieder einholten und zu Mehrausgaben führten. Diese Zahlen könnten vorne in den Haushaltsplan eingelegt werden und man befände sich auf aktuellem Stand, was nicht viel Arbeit verursachen würde, da die Zahlen bekannt seien.

Frau Leonhardt antwortet, für die Änderungsliste würden die entsprechenden Zahlen immer geliefert. Sie könne sie gerne zusätzlich wie gewünscht in Tabellenform liefern.

StR Funk fände es auch sinnvoll eine entsprechende Tabelle an die Quartalsberichte anzuhängen.

OB Zeidler erwidert, Frau Leonhardt habe diesen Wunsch zur Kenntnis genommen.

Somit ist zugesagt, dem CDU-Antrag nach entsprechender Darstellung zu Beginn der Haushaltsberatungen nachzukommen.

Anlage 21

Ziffer 46: Lehrschwimmbecken

- Antrag der SPD-Fraktion

StR Keil äußert die Vermutung, das Lehrschwimmbecken sollte bis 2020 fertig sein. Er fragt, ob daher nicht früher mit der Planung begonnen werden sollte.

OB Zeidler erwidert, dies müsste insbesondere mit den Stadtwerken abgestimmt werden.

Der Antrag ist damit erledigt.

Verwaltungshaushalt

Ziffer 68: Anteil Vorschulkinder im Kindergarten

- Antrag der Freien Wähler-Fraktion

StRin Goeth bringt vor, es werde immer wieder über den Kindergartenbesuch diskutiert. Im Vorjahr über ein kostenloses Kindergartenjahr, da manche Eltern ihre Kinder nicht in den Kindergarten schickten. Ihre Fraktion interessiere, wie viele Kinder dies wirklich seien. Diese Zahl sei wichtig

Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

zu wissen, wenn irgendwann wieder der Antrag auf ein kostenloses letztes Kindergartenjahr komme und sie sollte irgendwann ermittelt werden.

OB Zeidler beauftragt das ABBS, diese Zahl zu eruieren, worauf StR Funk um eine zeitnahe Klärung bittet und nicht zu warten, bis wieder ein Antrag gestellt werde.

Somit ist der Antrag mit der Zusage erledigt, dass das ABBS die tatsächlichen Zahlen eruiert.

Ziffer 72: Kleingartenkonzept

- Antrag der SPD-Fraktion

StR Keil gibt zu verstehen, die Stellungnahme der Verwaltung, die sich nur auf Mettenberg beziehe, sei zu kurz gegriffen. Das Konzept sei insgesamt notwendig. Seine Fraktion könne sich auch die Einrichtung neuer Kleingartenanlagen vorstellen. Sie werteten zum Teil das Gelände ökologisch auf.

StR Abele verweist auf die Anfrage der CDU-Fraktion (Ziffer 73), die sich auf das Kleingartenkonzept beziehe, das 2014 auf Antrag der CDU-Fraktion von der Verwaltung zugesagt aber nicht geliefert worden sei. Er meint generell, wenn die Verwaltung nicht in der Lage sei, einen Beschluss umzusetzen, müsse dies auch kommuniziert und die Aufhebung des Beschlusses beantragt werden. Dies gelte auch für das Thema „Finanzielle Zukunftssicherung“, zu der es eine Beschlusslage gebe. Wenn die Verwaltung dies anders sehe, müsse sie einen Antrag stellen und könne ein Thema nicht „kalt beerdigen“.

OB Zeidler erwidert, insgesamt sei der Erhalt der Kleingartenanlagen vorgesehen. Aktuell befinde man sich mit dem Konzept in Verzug. Dass ein verbindlicherer Umgang mit Beschlüssen erwartet werde, bezeichnet er als verständlich. Er **sagt zu**, beim Amt für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften klären zu lassen, wann mit dem Kleingartenkonzept zu rechnen sei.

Ziffer 81: Nette Toilette

- Antrag der Grünen-Fraktion

StRin Goeth zeigt sich im Gegensatz zum Antragsteller nicht zufrieden mit der Verwaltungsantwort. Sie fragt, was abends und am Wochenende sei, wenn städtische Einrichtungen geschlossen hätten. Dies sei ein echter Rückschritt. Nur noch das Café Weichhardt sei im Boot.

OB Zeidler kündigt an, Stadtmarketing und das Gebäudemanagement zu beauftragen, das Thema positiv an die Wirte heranzutragen.

BM Kuhlmann fügt an, öffentliche WCs seien auch am Wochenende offen. Gleiches gelte für die Tiefgaragen. Ab 23 beziehungsweise 24 Uhr bestehe dann kein Angebot mehr.

StRin Goeth gibt zu bedenken, man habe die Nette Toilette eingeführt, da Bedarf bestanden habe. Sie fragt, wann sie abgeschafft worden sei. Der Bedarf habe sich nicht verändert und die Menschen benötigten WCs.

Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

StR Funk fragt nach der Beschlusslage zur Netten Toilette. Er meint, Gastronomiebetriebe mit Außenbestuhlung und solche, die lange offen hätten, sollten zur Teilnahme an der Netten Toilette verpflichtet werden.

StRin Jeggle findet es nicht gut, alle Aufgaben auf die öffentliche Hand zu verlagern.

Ziffern 87 – 89: ÖPNV
- Anträge der CDU-Fraktion

StR Walter bezeichnet den öffentlichen Nahverkehr als Grundbedürfnis und meint, viele Menschen störten sich daran, dass gerade in den Ferien und in den Abendstunden nur ein reduziertes Angebot geboten werde. Eine genaue Untersuchung wäre wichtig und nach Auskunft von Herrn Schilling auch machbar.

StR Keil gibt zu verstehen, die SPD-Fraktion befürworte den Antrag ausdrücklich.

StR Dr. Schmid macht darauf aufmerksam, dass im Vorjahr ein Gesamtkonzept zum ÖPNV beantragt worden sei. Er appelliert, das Thema im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts und der Verkehrskonzeption umfassend anzugehen und nicht nur Einzelaspekte zu behandeln.

StRin Goeth findet für eine Entscheidung Kenntnis über Kosten und Fahrgastzahlen wichtig.

Ohne weitere Aussprache werden die Anträge zu Ziffern 87 und 88 einstimmig angenommen.

Zu Ziffer 89 fragt StR Walter noch, wer für die Beschaffung von Niederflurfahrzeugen zuständig sei und bittet die Stadtwerke um Prüfung, wo Fördermittel generiert werden könnten und wie gegebenenfalls eine städtische Beteiligung aussehen müsste, um eine entsprechende Ausstattung früher als zum Vertragsende mit dem aktuellen Partner 2017 zu erreichen. Mit Rollator sei das Anrufsammeltaxi aktuell nicht nutzbar.

StRin Goeth signalisiert von Senioren die Zustimmung zu dem Ansinnen, wieder Niederfluranrufsammeltaxis einzusetzen.

StR Dr. Wilhelm bittet darauf zu achten, dass die Fahrzeuge trotzdem ausreichend Plätze hätten und die Kapazität gegebenenfalls zu erhöhen beziehungsweise flexible Lösungen zu suchen, damit auch Gruppen bedient werden könnten.

Ziffer 91: Kultur für Schüler und Studenten
- Antrag der CDU-Fraktion

StR Walter zeigt sich überrascht vom breiten Angebot und meint, es werde zu wenig publik gemacht, da in vielen Veranstaltungen nur wenige junge Menschen anzutreffen seien. Er bittet dies durch Werbemaßnahmen zu ändern.

StR Dr. Schmid wirbt ebenfalls für eine bessere Kommunikation und fragt, ob das Angebot auf Teilhaber des freiwilligen sozialen Jahrs ausgedehnt werden könnte.

Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Herr Dr. Riedlbauer lässt wissen, bislang werde das Angebot sehr viel über Gespräche, beispielsweise mit Lehrkräften, kommuniziert. Man sei auch in der Hochschule zu Semesterbeginn präsent gewesen. Er habe kein Problem mit einer allgemeiner gefassten Information, möchte den Kreis aber nicht weiter ausweiten. Bei den relevanten Zielgruppen sei das Angebot bekannt.

StR Dr. Wilhelm empfiehlt noch einen Hinweis im Veranstaltungskalender.

Es wird zugesagt, die Angebote besser zu kommunizieren und einen Hinweis im Veranstaltungskalender aufzunehmen.

Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Ziffern 93 und 94: Senkung der Grundsteuerhebesätze
- Anträge der FDP- und der FW-Fraktion

StR Funk begründet das alternative Inkrafttreten damit, dass Frau Leonhardt im Gespräch erklärt habe, 2016 passe es vom Arbeitsaufwand überhaupt nicht. Sollte dies das Hauptargument sein, wäre seine Fraktion bereit, das Inkrafttreten um ein Jahr zu schieben. Seines Wissens habe die Verwaltung, zu 99 Prozent EBM Wersch, für den Haushalt 2008 erklärt, dass mit der Grundsteuer-senkung etwas richtig gemacht worden sei. Es habe unter der Ära von OB Fettback lange gedauert deutlich zu machen, dass eine Grundsteuersenkung nicht die Eigentümer, sondern die Mieter entlaste. Im Folgejahr sei die Senkung gleich wieder von EBM Wersch einkassiert worden, was er kritisiert, da er von einem Finanzdezernenten mehr Geradlinigkeit und Durchhaltevermögen erwarte. Er fragt, wer die in der Verwaltungsstellungnahme genannten Mehrfacheigentümer seien und bezeichnet die Verwaltungsantwort als unseriös. Es sei eine große Summe, die die Stadt mit der Grundsteuer einnehme, und der Haushalt wäre seines Erachtens auch noch nachhaltig, wenn etwas von diesen Einnahmen zurückgenommen würde.

StRin Goeth unterstreicht dies und meint, man werde in den nächsten Jahren um Gebührensteigerungen nicht umhin kommen, weshalb es eine wichtige Botschaft einer finanziell gut ausgestatteten Stadt sei, alle etwas zu entlasten.

StR Abele bemerkt, die CDU-Fraktion habe sich in den Vorjahren gegen eine Grundsteuersenkung ausgesprochen und die Begründung von 2014 gelte noch immer, da man viel in Bildung und Betreuung investiere und die Gebühren sogar gesenkt habe. Er bezeichnet die Grundsteuer als sehr ausgewogene Steuer, die dabei helfe, das städtische Angebot aufrecht zu erhalten und auszubauen. Auf der Agenda stünden Aufgaben, die hoher Finanzmittel bedürften. Andererseits erhalte man durch Unternehmen und Arbeitnehmer sehr viel Geld. Als Kompromiss könne sich die CDU-Fraktion nach langer Diskussion 250 Prozentpunkte als Grundsteuerhebesatz vorstellen.

StR Keil bezeichnet Steuern als ordnungspolitisches Instrument. Zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger habe man bereits bestehende Instrumente, die zum Beispiel Alleinerziehenden oder sozial Schwachen zugute kämen. Er bezeichnet es als sehr gutgläubig, dass eine Grundsteuersenkung uneingeschränkt den Mietern zugute käme. Ein ständiges Auf und Ab des Grundsteuerhebesatzes erachte er als nicht sinnvoll. Auch er knüpft an die zu schulternden Aufgaben an und gibt zu bedenken, dass nicht sicher sei, ob ein starkes Abschmelzen der Rücklagen verhindert werden könne. Da der aktuelle Grundsteuerhebesatz nicht übermäßig hoch sei, werde auch niemand erdrosselt. Die SPD-Fraktion stimme daher gegen eine Senkung.

Die Grünen stünden hinter einer soliden Finanzpolitik der Verwaltung und dem umfänglichen Investitionsprogramm, erklärt StR Dr. Schmid. Dies erfordere eine solide Finanzlage.

StRin Goeth meint dagegen, Wenigereinnahmen von 1,6 Mio. Euro sollte sich eine reiche Stadt wie Biberach leisten können, wenn damit eine direkte Entlastung erreicht werden könne.

StR Funk erklärt, Vermieter seien zur Nebenkostenabrechnung verpflichtet und darin sei die Grundsteuer enthalten. Gegebenenfalls stimme die FDP dem CDU-Antrag zu.

Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

OB Zeidler lässt wissen, im Landesdurchschnitt betrage der Grundsteuerhebesatz 387 Prozentpunkte. Biberach liege also 30 Prozent darunter. Bei den Kindergartengebühren betrage der landesweite Durchschnittssatz 91 Euro, in Biberach nur 60 Euro. Die Bürger bekämen also schon mehr Leistung und müssten dafür sogar etwas weniger bezahlen. Jetzt eine Grundsteuersenkung vorzunehmen und dabei gleichzeitig Gebührenerhöhungen anzukündigen empfinde er seltsam. Gebühren müssten im Einzelfall geprüft und bei Bedarf moderat angehoben werden. Gießkan-nenentlastungen seien nicht sinnvoll.

EBM Wersch fügt ergänzend an, Gebührenerhöhungen seien keine Lösung und in Biberach traditionell gering. Er erinnert an die Auswirkungen der Doppik, aufgrund derer man voraussichtlich 2018/2019 keinen ausgeglichenen Haushalt haben werde. Die zu erwartende Diskussion würde durch eine Grundsteuersenkung zusätzlich belastet.

Dann stellt er noch klar, die in der Verwaltungsstellungnahme genannten 4 Cent Entlastung für Mieter seien gerechnet und nicht geschätzt. Dies zeige auch die Ungerechtigkeit einer Grundsteuersenkung, da Mieter in geringer bewerteten Wohnungen weniger von einer Senkung abbekämen.

Er bezeichnet die städtischen Leistungen als gigantisch und mahnt, dass hierfür auch Einnahmen benötigt würden. Für Unternehmen sei die Grundsteuer kein Thema und in seiner Amtszeit nie ein entsprechender Antrag gestellt worden.

Die Doppik bietet laut StR Abele aktuell keine Begründung und könne nicht mit einer Grundsteu-erdiskussion verknüpft werden. Ebenso wenig mit Gebührenerhöhungen. Er erinnert in diesem Zusammenhang an den Antrag der CDU-Fraktion zur kennzahlengesteuerten Verwaltung. Faktisch habe man aktuell hohe Steuereinnahmen und rechne mit exorbitanten Gewerbesteuer-einnahmen im Jahr 2015.

Der Haushalt sei immer ein dynamischer Prozess auf der Einnahmen- und Ausgabenseite, be-merkt StR Funk. Bei steigenden Einnahmen sollten traditionell die Belastungen zurückgehen.

Ohne weitere Aussprache wird über den **Antrag der FDP-Fraktion abgestimmt**. Er wird mit 4 Ja-Stimmen (StRe S. Etzinger, Funk, Goeth, Hummler) und 12 Nein-Stimmen **abgelehnt**.

Daraufhin **modifiziert StRin Goeth den Antrag der Freien Wähler** auf eine Senkung auf 250 Pro-zentpunkte statt wie ursprünglich beantragt 200 Prozentpunkte. Der Antrag wird mit 8 Ja-Stimmen (StRe Abele, S. Etzinger, Funk, Goeth, Hummler, Jeggler, Schmogro, Walter), 7 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung (StR Etzinger) **angenommen**.

Vermögenshaushalt

Ziffer 99: Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft

- Antrag der FDP-Fraktion

StR Funk zeigt sich mit der Verwaltungsantwort nicht zufrieden. Er hätte erwartet, dass alle Fra-gen, die er im Hauptausschuss am 15.10.2015 gestellt habe, in der Gesamtliste beantwortet wür-den. Nur weil die Antworten von einer Fraktion angefragt worden seien, sei die Liste allen ge-schickt worden. Dies sei keine gute Vorgehensweise.

Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Ziffer 101: Gesundheitspolitik

- Antrag der CDU-Fraktion

StR Abele schickt voraus, Ziel der CDU-Fraktion sei eine gute Gesundheitsversorgung der Bevölkerung. Die Entwicklung mit Sana habe Sorgen bereitet und man wolle der Verwaltung ein Verhandlungsmandat geben, um ihr in den Verhandlungen den Rücken zu stärken. Man sei sich nicht sicher, ob Sana die Absicht habe, ein zentrales Kreiskrankenhaus mit starker Position zu erhalten, da in der Vergangenheit einige Aspekte verunsichert hätten. Beispielsweise sei die Bettenzahl gesenkt und der Zeitplan verschoben worden. Hiervon habe man immerzu nur zufällig erfahren. Aktuell gehe es um die Verlagerung der Geriatrie und in diesem Zug würden 33 Betten mit verlagert. Riedlingen sei nachvollziehbar sehr rührig. Dies trage aber nicht zur Stärkung des Zentralstandortes bei. Daher habe man die Sorge, dass nach der Befriedung von Laupheim das Landratsamt bemüht sein werde, auch Riedlingen zu befrieden. Nach Auskunft der Verwaltung sei aber nichts Entsprechendes im Schwange. Sofern das Konzept geändert werden solle, müsse Sana dies mit der Stadt besprechen und ein Rücktrittsrecht in den Kaufvertrag aufnehmen, um die eingeforderte Mitsprache sicherzustellen. Ob hiervon letztlich Gebrauch gemacht werde oder nicht, dies stelle aber ein politisches Signal dar.

OB Zeidler gibt zu verstehen, man sei in allen Verhandlungen mit dem Kreis und Sana sehr wachsam und vorsichtig, was auf konzeptioneller Ebene laufe. Er bezweifle, dass ein Verhandlungsmandat in den Grundstücksvertrag als Kopplungsgeschäft aufgenommen werden könne, dies müsse auf jeden Fall zunächst überprüft werden. Er bezeichne es als nicht wünschenswert, dass die Stadt in die Aufgabe Krankenhaus einsteigen würde, da hierfür in der Verwaltung keine Kompetenz vorhanden sei. Die mit dem Antrag bezweckte Intention sei jedoch angekommen und die Verwaltung sei dankbar für die gewollte Rückenstärkung des Gemeinderats.

BM Kuhlmann fügt an, das Nutzungsprofil sei bereits hinterlegt und seines Wissens sogar im städtebaulichen Vertrag fixiert.

StR Abele gibt zu verstehen, dass dies auch in Ordnung wäre.

Die Verwaltung sagt zu zu prüfen, ob eine entsprechende Regelung im städtebaulichen Vertrag fixiert werden kann.

Ziffern 105 und 106: Mehrfachnutzung öffentlicher Gebäude

- Anträge der CDU- und FW-Fraktion

StRin Goeth zeigt sich nicht zufrieden mit der Verwaltungsantwort. Das Potential werde nicht ausgeschöpft. Etliche Einrichtungen seien in den Ferien geschlossen, könnten aber von Vereinen angemietet werden. Sie nennt als Beispiele die vhs und die Bruno-Frey-Musikschule.

OB Zeidler erwidert, theoretisch sei dies ein schöner Ansatz, praktisch aber sehr schmerzhaft, da die Einrichtungen von den jeweils zuständigen Nutzern immer als „ihr Eigentum“ gesehen würden. Er **sagt zu**, bei Gelegenheit an einem Projekt einmal einen entsprechenden Versuch zu starten.

Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Ziffer 110: Übersicht Haushaltsstellen
- Antrag der Grünen-Fraktion

StR Dr. Wilhelm dankt für die Aufschlüsselung und meint, da die hier aufgelisteten Ausgaben sehr bunt gemischt seien, wäre es hilfreich genauer zu erfahren, was sich dahinter verberge.

Frau Leonhardt verweist hierzu auf die Erläuterungstexte bei den jeweiligen Haushaltsstellen im Haushaltsplan.

Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Ziffer 114: Konzept zur Aufenthaltsqualität der jungen Generation
- Antrag der FW-Fraktion

StRin Goeth gibt zu verstehen, die Stellungnahme der Verwaltung treffe die Intention des Antrags nicht. Gewünscht würden niederschwellige Angebote vergleichbar der Budenkultur. Es gehe darum, die Aufenthaltsqualität junger Leute zu verbessern und nicht um weitere Events. Es sollten diejenigen abgeholt werden, die sich aktuell bei „Penny“ oder an Tankstellen aufhielten. Das Blue Gallery Projekt sei beispielsweise eine tolle Sache gewesen. Eventuell könnten Gebäude, die zum Abriss anstünden, so lange jungen Leuten zur Verfügung gestellt werden.

OB Zeidler bezeichnet dies als relativ schwierig, da Sicherheits- und Ordnungsvorschriften zu beachten seien. Gleichwohl unterstütze man Initiativen im Sinne einer Ermöglichungskultur und wolle keine Verhinderungskultur.

Ziffer 116: Konzept finanzielle Zukunftssicherung
- Antrag der CDU-Fraktion

StR Abele führt aus, die CDU-Fraktion habe im Vorjahr 2 zentrale Anträge eingebracht und die Verwaltung habe, diese zusammengefasst und den Umfang abgespeckt, um die Verwaltung nicht unnötig zu belasten. Dieser Vorgehensweise habe man zugestimmt, da Intention der Anträge gewesen sei, dass begleitend eine permanente Prüfung des städtischen Haushalts hinsichtlich bestimmter Parameter erfolge und dies auch im Verwaltungshaushalt. Nun sei aber im Vorbericht auf Seite 12 zu lesen, man solle von diesem Konzept Abstand nehmen, weil es nicht erforderlich und nicht leistbar sei. Die weiter geäußerte Zuversicht, dass auch der Gemeinderat dies entsprechend sehe, teile die CDU-Fraktion nicht. Ihm gehe es um den Umgang mit Beschlüssen. Es könne nicht sein, dass diese durch Beschreibungen im Vorbericht oder als Antwort auf Anträge als erledigt betrachtet würden. Vielmehr sollte die Verwaltung Ablehnungsgründe zu Anträgen darlegen und dann könne das Gremium hierüber abstimmen.

OB Zeidler kann dies nachvollziehen.

Die Verwaltung sagt zu, Anträge oder Zusagen künftig nicht stillschweigend zu beerdigen, sondern bei geplanter abweichender Vorgehensweise entgegen Zusagen oder Beschlüssen einen neuen Beschluss einzuholen.

OB Zeidler macht noch auf die Diskrepanz aufmerksam, Sparkonzepte zu diskutieren und gleichzeitig Beratungen wie aktuell zu führen; dies sei auch der Verwaltung schwer zu vermitteln.

Anschließend lässt er über den Gesamthaushalt mit den beschlossenen Änderungen abstimmen.

Der Hauptausschuss empfiehlt ihn einstimmig zur Beschlussfassung.

Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

TOP 2.1 Fortführung des Präsenzdienstes in den Jahren 2016 und 2017

**244/2015 +
244/2015 - 1**

Dem Hauptausschuss liegen die Drucksachen Nrn. 244/2015 und 244/2015-1 zur Beratung vor.

StR Dr. Metzger ist befangen und nimmt in den Zuschauerreihen Platz.

StR Abele findet die Argumentation der Verwaltung im Grunde nachvollziehbar, die CDU wolle aber den Status Quo halten. Frage sei daher, ob dies über die Stadt geregelt werden und eine andere Bewerberlage erreicht werden könne. Er entnehme der ersten Vorlage, dass dies von der Verwaltung nicht gewollt sei. In der neuen Version werde die Fortschreibung des Status Quo vorgeschlagen und er frage sich, wie diese Änderung innerhalb von 2 Wochen gelungen sei. Als Fazit stellt er fest, der Status Quo solle gehalten werden, egal wie die Verwaltung dies umsetze.

StR Keil signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion. Erst wenn man erfahrene Personen gefunden habe, sei man auf der sicheren Seite.

StRin Etzinger bemerkt, die Ergänzungsvorlage entspreche im Großen und Ganzen den Vorstellungen der Freien Wähler. Auch sie seien überrascht und erstaunt gewesen, dass innerhalb so kurzer Zeit doch eine Personalaufstockung gelungen sei. Sie äußert sich daher zuversichtlich, dass die Zusammenarbeit mit Dornahof und Jobcenter gut laufen werde und ein Ersatzkollege gefunden werden könne. Man erwarte aber, dass eine gute Begleitung durch einen Sozialarbeiter des Dornahofs für Mitarbeiter des Präsenzdienstes erfolge. Eine finanzielle Entlastung könnte wieder mit Eingliederungszuschüssen erreicht werden. Man erwarte daher eine enge Begleitung und Betreuung der Mitarbeiter und dies müsse in den Vertrag explizit aufgenommen werden.

StR Dr. Schmid zeigt sich erfreut über die Weiterführung. Zu den erforderlichen Mehrkosten sei man bereit. Grundproblem sei offensichtlich, geeignete Personen zu finden. Er fragt, ob Hinweise bekannt seien, dass es über 2016 hinaus funktioniere. Wichtig fände er, dass die Aufgaben nach Möglichkeit beim Dornahof aufgrund dessen Erfahrung blieben.

Auch die FDP-Fraktion wird nach Auskunft von StR Funk zustimmen. Ihn habe die neue Vorlage nicht überrascht, da nur vom Versuch die Rede sei, geeignetes Personal zu finden.

StR Dr. Wilhelm fragt, wie sich die Situation bis 2016 gestalte.

OB Zeidler erwidert, er habe die letzte Beratung so verstanden, dass dem Gremium egal sei, wie die Situation gelöst werde. Ob man Personal finde, sei offen und eventuell müsse man unterjährig wieder auf den Gemeinderat zukommen.

Auf Frage legt Frau Länge dar, Ein-Euro-Jobber gebe es nicht mehr. Diese seien 2012 im Bereich Präsenzdienst abgeschafft worden. Beim Baubetriebsamt oder für gemeinnützige Arbeiten gebe es sie noch. Für den Präsenzdienst bestehe eine andere Fördermöglichkeit über Langzeitarbeitslose. Die Stadt nehme die Dienstleistung Präsenzdienst beim Dornahof in Anspruch, der für die Personalbetreuung verantwortlich sei. Für 2016 sehe man die Lösung als Provisorium und wenn dies

Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

für den Gemeinderat in Ordnung sei, laufe es weiter. Die Finanzierung erfolge aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds auf 2 Jahre befristet.

Ohne weitere Aussprache fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

Dem Gemeinderat wird empfohlen, gemäß dem Beschlussantrag in Drucksache Nr. 244/2015-1 zu beschließen.

Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

TOP 3.1 Bekanntgabe von in nichtöffentlichen Hauptausschusssitzungen gefassten Beschlüssen - HA 24.09.15 und HA 09.11.15

257/2015

Dem Hauptausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 257/2015 zur Information vor.

Eine Diskussion findet nicht statt.

Damit hat der Hauptausschuss Kenntnis genommen.

Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

TOP 3.2 Verschiedenes - Aufenthaltsqualität Jugendlicher und Buden in Stafflangen

StRin Jeggle bringt vor, ihres Wissens beständen in Stafflangen 9 Buden, die selbständig von jungen Leuten organisiert und finanziert würden. Dabei habe es noch nie Diskussionsbedarf gegeben. Eine dieser Buden organisiere seit Jahren den Stafflinger Weihnachtsmarkt, der aktuell am 12.12. stattfindet und zu dem sie den Gemeinderat herzlich einlade.

Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

TOP 3.3 Verschiedenes - Christkindlesmarkt

StRin Etzinger bringt vor, der Christkindlesmarkt sei wunderschön und habe bis 20 Uhr geöffnet. Am Samstag sei ein Security-Auto gegen 19.45 Uhr durch den noch vollen Christkindlesmarkt gefahren und habe zwischen Brunnen und Schafen geparkt. Sie bittet Sorge zu tragen, dass die Security künftig erst um 20.15 Uhr auftauche und nicht schon vorher.

Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Hauptausschuss, 01.12.2015, öffentlich

Zur Beurkundung:

| | | |
|------------------|-------|-------------|
| Vorsitzender: | | OB Zeidler |
| Stadträtin: | | Goeth |
| Stadtrat: | | Abele |
| Schriftführerin: | | Appel |
| Gesehen: | | EBM Wersch |
| Gesehen: | | BM Kuhlmann |